



Mariano Rajoy gewinnt Wahl in Spanien

Überraschend deutlicher Zugewinn an Stimmen und Mandaten für die Volkspartei *Partido Popular* (PP). *Mariano Rajoy* hat gute Chancen, Ministerpräsident zu bleiben. Möglicherweise wird er eine Minderheitsregierung anführen. Die Linkspopulisten um *Pablo Iglesias* erleben eine herbe Niederlage.

Die spanischen Parlamentswahlen am 26. Juni 2016 endeten mit mehreren Überraschungen. Entgegen der Vorhersagen der Meinungsforscher und der Erwartungen aller Kommentatoren von rechts bis links erzielte die Volkspartei (*Partido Popular*, PP) von Ministerpräsident Mariano Rajoy einen deutlichen Zugewinn an Stimmen und Mandaten. Die Sozialisten (PSOE) behaupteten ihre Position als zweitwichtigste politische Kraft, wenn auch mit weiteren Verlusten. Die Linkskoalition *Unidos Podemos* aber und ihr populistischer Anführer *Pablo Iglesias* erlitten eine deutliche Niederlage und verloren gegenüber den Wahlen im Dezember mehr als eine Million Stimmen.

**Tabelle 1:
Vorläufiges Wahlergebnis zur spanischen Abgeordnetenversammlung**

Parteien / Allianzen	2016			Gewinne	Verluste	2015	
	Stimmen	Anteil %	Mandate	Anteil	Mandate	Mandate	Anteil %
Partido Popular	7.906.185	33,03	137	+4,29	+ 14	123	28,72
PSOE	5.424.709	22,66	85	+0,65	-5	90	22,01
Unidos Podemos	5.049.734	21,10	71	-3,23	-	69**	20,66
Ciudadanos	3.123.769	13,05	32	-0,88	-8	40	13,93
ERC*	639.294	2,63	9	+0,24	-	9	2,39
CDC*	481.839	2,01	8	-0,24	-	8	2,25
EAJ/PNV*	286.215	1,20	5	-	-1	6	1,2
<i>Izquierda Unida</i>						2**	3,67
andere			2			3	

* ERC = Esquerra Republicana de Catalunya (Republikanische Linke Kataloniens), CDC = Convergencia Democrática de Catalunya (Demokratische Sammlungspartei Kataloniens, im Dezember 2015 noch angetreten unter dem Sigel CiU im Verbund mit einer anderen Regionalpartei Kataloniens), EAJ/PNV = Eusko Alderdi Jeltzalea/*Partido* Nacionalista Vasco (baskische nationalistische Partei)

Nachdem sich die Parteien nach den Wahlen vom 20. Dezember 2015 nicht auf die Wahl eines Ministerpräsidenten verständigen konnten, könnte *Mariano Rajoy* schon im Verlauf der nächsten Wochen im Amt bestätigt werden. Allerdings bedarf es dazu intensiver Verhandlungen zwischen den Parteien, die vielleicht mit einer neuen Form politischer Zusammenarbeit oder gar einer Koalition enden.

In der zweiten Kammer, dem Senat, einer Kammer der territorialen Repräsentation, hat die PP erneut eine deutliche absolute Mehrheit gewonnen, was auch mit Besonderheiten des Wahlsystems zusammenhängt. Die PP gewann 130 der insgesamt 208 Mandate des Senats (2015: 124). Die PSOE kam auf 43 Senatoren (vorher 47). *Podemos Unidos* und ihre regionalen Gruppierungen gewannen zusammen 12 Senatsmandate.

Bei der Wahl des Ministerpräsidenten und der Regierungsbildung spielt der Senat keine Rolle. Sein Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess ist eingeschränkt, doch hat er bei der Verabschiedung von Gesetzen eine Art Veto-, zumindest aber Verzögerungsmacht. Die wichtigere Kammer im Regierungssystem ist aber eindeutig das Abgeordnetenhaus, der *Congreso de los Diputados*.

Geringe Wahlbeteiligung beeinflusst Wahlergebnis

Bereits vor den Wahlen war erwartet worden, dass die Wahlbeteiligung ein erhebliches Gewicht für den Ausgang der Wahl haben würde. Stimmberechtigt waren 36.518.100 Spanier. Wie viele von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen würden, war ungewiss. Einerseits war nicht absehbar, wie viele Bürger sich nach dem politischen Stillstand der vergangenen Monate und der Unfähigkeit der Parteien zu einer Verständigung über eine Regierungsbildung von der Politik abwenden würden. Andererseits war der Termin schon deshalb ungünstig, weil in vielen Autonomen Regionen bereits die Sommerferien begonnen haben; auch daraus wurde eine Auswirkung auf die Wahlbeteiligung erwartet. Bereits vor den Wahlen wurde bekannt, dass die per Briefwahl abgegebenen Stimmen von 622.000 im Dezember auf nunmehr 1,4 Mio. angestiegen waren.

Nach Schließung der Wahllokale stand fest, dass es am 26. Juni die bisher niedrigste Wahlbeteiligung in Spanien seit den ersten demokratischen Wahlen ab 1977 gab. Sie betrug nur noch 69,84% (Dezember: 73,2%). Wie erwartet hat die PP von der geringeren Wahlbeteiligung am stärksten profitiert.

Die geringe Wahlbeteiligung haben viele Kommentatoren am Wahlabend als Hinweis auf die Politik- und vor allem Parteienmüdigkeit der Bürger gedeutet und sehen darin ein besorgniserregendes Signal für die spanische Demokratie.

Die wichtigsten Ergebnisse der Wahl

Die wichtigsten Ergebnisse der Wahl stellen sich folgendermaßen dar:

- Die Volkspartei PP ist der relative Wahlsieger und Ministerpräsident *Rajoy* hat nun gute Chancen auf seine Wiederwahl

Die PP hat gegenüber der Wahl von Dezember nicht nur ihren prozentualen Anteil erhöht und in der Abgeordnetenkammer 14 Mandate dazugewonnen. Sie hat auch trotz niedriger Wahlbeteiligung mit 7.906.185 Stimmen fast 700.000 Wählerstimmen mehr erhalten als im Dezember (7.236.965). Zugleich erhöhte sich der Abstand zur zweitstärksten Fraktion im Parlament (PSOE) von 33 auf 52 Mandate.

Besonders erfreulich aus Sicht der PP ist der Zugewinn in einigen wichtigen Regionen. In Andalusien gewann die PP erstmals mehr Mandate als die PSOE. In Valencia, wo die Partei im Dezember aufgrund von Korrupti-

onsskandalen deutlich verloren hatte, konnte sie einen Teil der abgewanderten Stimmen zurückgewinnen. In Madrid gewann sie zwei Mandate hinzu. In Katalonien verfehlte sie erneut das Ziel, wenigstens ein Mandat zu gewinnen.

Trotz des guten Wahlergebnisses ist die PP jedoch deutlich von einer absoluten Mehrheit der Mandate im Parlament entfernt. Auch eine Koalition mit *Ciudadanos*, der jungen, sozialliberalen Partei, mit programmatischen Affinitäten zur PP, ergibt zusammen nur 169 Stimmen im Parlament (137+32) und verfehlt daher die notwendige Mehrheit von 176 Stimmen. Für die Fortsetzung der Regierungsführung und die Wiederwahl von *Mariano Rajoy* braucht die PP die Unterstützung weiterer Parteien. Dabei werden die Sozialisten der PSOE eine wichtige Rolle spielen.

Die meistgewählte Liste muss die Regierung anführen. Das war eine der wesentlichen Forderungen von *Rajoy* während des Wahlkampfes. Er sei zu einer Koalitionsregierung mit den Sozialisten bereit, doch wenn sich diese einer Regierungsbeteiligung verweigerten, müssten sie zumindest den Weg für eine PP-geführte Minderheitsregierung frei machen, forderte er.

Wichtig ist es nun für *Rajoy* und die PP, mit der PSOE eine Gesprächsbasis zu finden und Vertrauen aufzubauen, das bisher ohnehin nicht sehr stark entwickelt war und in den beiden Wahlkämpfen weiter beschädigt wurde. Allerdings hat *Rajoy* nun nach der Wahl angekündigt, er werde mit allen politischen Kräften Gespräche führen, um den politischen Stillstand zu überwinden. Nach den Wahlen im Dezember hatte der Ministerpräsident im Regierungspalast Moncloa praktisch darauf gewartet, dass die anderen Parteien ihm ihre Unterstützung anboten. Augenscheinlich wird er nun aus einer Position der Stärke aktiver auf andere Parteien zugehen.

Fragt man nach den Gründen für das gute Abschneiden der PP, muss man wohl vor allem darauf verweisen, dass die Polarisierungskampagne und der Aufruf für ein „*voto útil*“ erfolgreich waren. Ebenso wie die Linkskoalition *Unidos Podemos* in der PP alle Übel verkörpert sah, warnten *Rajoy* und die PP im Wahlkampf eindringlich vor dem Chaos, das der Wahl der Linken unausweichlich folgen werde. Sich selbst und seine Regierung präsentierte er als Garanten der Stabilität und Beschützer vor den Extremisten. Die Wähler rief die PP zu einem „*voto útil*“ auf, einer Stimme, die zählt und nicht verschenkt wird. Dabei spielte auch das spanische Wahlsystem eine Rolle, das kleinere Parteien – wie sich am Wahlabend bestätigte – benachteiligt. Der Aufruf für ein „*voto útil*“ richtete sich daher vor allem gegen die kleinere sozialliberale Partei *Ciudadanos*, die im Dezember überraschend gut abgeschnitten und vor allem jüngere Wähler aus dem Reservoir der PP angezogen hatte. Stimmen für *Ciudadanos* könnten am Ende der Linken von *Unidos Podemos* helfen, warnten *Rajoy* und die PP. Auch traditionelle PSOE-Wähler sollten mit der Kampagne für ein „*voto útil*“ gewonnen werden. Nach dem Brexit-Votum in Großbritannien mahnte *Rajoy*, dass nur er gegenüber der populistischen *Unidos Podemos* noch eine stabile Regierung gewährleisten könne, besonders angesichts der unsicheren Zeiten, die auf Spanien zukämen. Diese Kampagne hat ihre Wirkung offensichtlich nicht verfehlt.

Programmatische Zugeständnisse gegenüber den Wählern der Linken machte die PP nicht. Das gilt sowohl hinsichtlich der Autonomiebestrebungen in einzelnen Regionen als auch in Bezug auf eine bessere soziale Abfederung der Stabilitätspolitik. Ständig wiederholte *Rajoy* sein Mantra,

wonach seine Arbeitsmarktpolitik zugleich seine Sozialpolitik ist, da der Staat nur über höhere Steuereinnahmen aus höherer Beschäftigung auch Sozialleistungen ausbauen könne. In den kommenden Jahren wolle er jährlich 500.000 neue Stellen schaffen. Die Einkommensteuer soll, so versprach er, um 2% abgesenkt werden, von 19% auf 17% und von 45% auf 43%. Steuerfreibeträge und -anreize, insbesondere für Familien und Sparer, sollen eingeführt werden ebenso wie Freibeträge für Beitragszahlungen in die sozialen Sicherungssysteme.

Insgesamt spielte das Programm im Wahlkampf aber nur eine untergeordnete Rolle. Die PP setzte auf einen klassischen Lagerwahlkampf, bei dem *Pablo Iglesias* die perfekte Personifizierung allen Übels verkörperte. Dagegen ließ sich leicht polarisieren und das hat die PP-Wähler offensichtlich stark motiviert und mobilisiert. Da spielte es auch keine Rolle, dass *Mariano Rajoy* im Direktvergleich mit den Führungspersonlichkeiten der anderen Parteien die schlechtesten Sympathiewerte hat. Auch die verschiedenen Korruptionsskandale und ihre Handhabung durch den Parteivorsitzenden, die von den Medien immer wieder zum Thema gemacht wurden, haben die Wähler offensichtlich nicht beeindruckt.

Auf der Grundlage des Wahlergebnisses bestreitet nun kaum noch jemand ernsthaft den Anspruch und die Legitimität von *Mariano Rajoy* zur Führung der kommenden Regierung. Auch die parteiinternen Kritiker, die sich ohnehin nur verhalten geäußert hatten, sind mit dem Wahlergebnis zum Schweigen verdonnert.

- **Die Sozialisten verlieren erneut, behaupten sich aber als zweitstärkste politische Kraft und entscheiden über die Regierungsführung mit**

Die Sozialistische Partei PSOE hat noch einmal fünf Mandate gegenüber ihrem bisher schlechtesten Ergebnis im Dezember eingebüßt und zudem in ihrer wichtigsten regionalen Hochburg Andalusien sowie auch in Extremadura erstmals ein schlechteres Ergebnis als die Volkspartei. Dennoch hat das Wahlergebnis zu einer großen Erleichterung auf Seiten der Sozialisten geführt. Die Partei ist mit deutlichem Vorsprung vor *Unidos Podemos* zweitstärkste politische Kraft des Landes und stärkste Kraft der politischen Linken geblieben. Zudem kann ohne die PSOE keine andere Partei eine Regierung in Spanien bilden. Dadurch besitzt die PSOE Verhandlungsmacht, die sie sicherlich auch nutzen wird.

In seiner ersten Stellungnahme zur Wahl sagte PSOE-Generalsekretär *Pedro Sánchez*, er habe *Mariano Rajoy* angerufen und ihm zum Wahlsieg gratuliert. Das ist nicht nur eine Anerkennung der Niederlage, sondern auch ein deutliches Signal, dass die PSOE jetzt bereit ist, mit *Rajoy* und der PP über eine Regierungsbildung zu sprechen. Im Dezember hatten *Sánchez* und die PSOE-Führung noch jegliches Gespräch mit *Rajoy* abgelehnt. Es kann daher erwartet werden, dass *Sánchez* und die PSOE unter bestimmten Bedingungen bereit sind, eine Wahl von *Rajoy* zum Präsidenten der Regierung aktiv oder zumindest passiv zu unterstützen.

Die PSOE und *Sánchez* mussten sich während des Wahlkampfes der ständigen Attacken seitens *Unidos Podemos* erwehren, die durch Drohungen und Umschmeichelungen versuchten, der PSOE ein Zugeständnis für die Wahl von *Pablo Iglesias* abzurufen. Schließlich musste sich die PSOE noch gegen die Behauptung von *Pablo Iglesias* erwehren, er verkörpere nun die neue Sozialdemokratie. Das Wahlergebnis hat daher bei der PSOE

zu großer Erleichterung geführt, weil sie ihre Rolle als Protagonist der politischen Linken in Spanien bestätigt sieht.

In der Wahlnacht erinnerte *Pedro Sánchez* daran, dass die Unnachgiebigkeit von *Podemos*-Führer *Pablo Iglesias* im Frühjahr seine Wahl eines linken Ministerpräsidenten verhindert hat. Über Monate hat *Sánchez* alle auch persönlichen Kränkungen durch *Iglesias* gelassen ertragen. Nun war es für ihn eine bittere Genugtuung klarzustellen, dass die Geltungssucht und der persönliche Machthunger für *Iglesias* wichtiger gewesen waren als eine gemeinsame Lösung drängender sozialer Probleme.

Wahrscheinlich hilft das Wahlergebnis dem PSOE-Generalsekretär auch innerparteilich. Angesichts der schlimmsten Erwartungen ist das Ergebnis einerseits nicht schlecht genug, um Forderungen für seine sofortige Ablösung zu provozieren. Andererseits hat seine stärkste innerparteiliche Widersacherin, die Regionalvorsitzende in Andalusien, *Susanna Díaz*, ihre Wahl dort verloren, weshalb sie deutlich geschwächt ist und *Sánchez* bei dem nächsten Parteikongress in drei Monaten nicht herausfordern kann. Ob ein anderer aus den Reihen der „Barone“, der Regionalvorsitzenden der PSOE, gegen *Pedro Sánchez* antreten wird, ist nicht absehbar. Dieser ist jedenfalls jung genug, um mehr Erfahrung zu sammeln und seine Partei zu erneuern. Man wird für die Zukunft sicherlich noch mit ihm rechnen können.

Zu den wichtigsten Punkten des PSOE-Wahlprogramms gehörten u.a. die Reform des Arbeiterstatuts und die Stärkung der Gewerkschaften und der Kollektivverhandlungen sowie die Ausweitung der Kontrollen am Arbeitsplatz, um prekäre Arbeitsverhältnisse zu entdecken und zu sanktionieren. Der Niedriglohnwettbewerb sollte durch ein Wirtschaftsmodell der Produktivitätssteigerung (Stichwort Wissensgesellschaft) ersetzt werden. Ein Mindesteinkommen soll eingeführt werden. Der Steuersenkungswettbewerb bei der Vermögens- und Erbschaftssteuer zwischen den Autonomen Regionen soll durch landesweite einheitliche Mindestsätze gebremst und die Finanztransaktionssteuer umgesetzt werden. Zudem forderte die PSOE ein entschiedeneres Vorgehen gegen korrupte Amtsträger. Nicht zuletzt stellte die Partei eine Verfassungsreform in Aussicht, die u.a. den separatistischen Bewegungen durch Einführung einer föderalen Staatsorganisation begegnet und beispielsweise auch die mit Artikel 135 eingeführte Schuldenbremse wieder aufhebt oder zumindest abschwächt, um Sozialleistungen aufrecht erhalten zu können. Sicherlich werden diese Themen bei den Gesprächen mit der PP über eine Unterstützung der Wahl von *Mariano Rajoy* zum Ministerpräsidenten eine Rolle spielen.

- ***Unidos Podemos* verliert und verpasst nicht nur den "sorpaso", sondern bleibt deutlich hinter den Sozialisten**

Eine der spannendsten Fragen des Wahlkampfes ist nun beantwortet: *Unidos Podemos* ist der „sorpaso“ nicht nur nicht gelungen, sondern sie fiel deutlich hinter die PSOE zurück. Das italienische Wort war in den vergangenen Wochen immer wieder von den Medien benutzt worden, um das Wahlkampfziel von *Unidos Podemos* zu beschreiben. In Italien hatten die dortigen Kommunisten vor Jahren einen „sorpaso“ der *Democrazia Cristiana* angestrebt, um sie an Stimmen zu überholen. Nach dem Willen von *Pablo Iglesias* sollte in Spanien ein „sorpaso“ nicht nur *Unidos Podemos* als die neue und stärkste Gruppierung der politischen Linken etablieren und die „PASOKisierung“ der Sozialisten einleiten, d.h. ihre Reduzierung

auf die Rolle einer Randpartei. Vor allem wollte *Pablo Iglesias* mit dem Überholmanöver selbst Regierungschef werden.

Mit diesem Ziel im Auge hat er die Verhandlungen mit dem PSOE-Generalsekretär *Pedro Sánchez* im Frühjahr scheitern lassen, der versuchte eine Koalition aus PSOE, der sozialliberalen *Ciudadanos* und der von *Iglesias* angeführten Gruppierung *Podemos* zu bilden. Doch *Iglesias* verweigerte *Sánchez* bei zwei Wahlgängen im Parlament die Unterstützung, nachdem er zuvor Verhandlungen über ein Regierungsprogramm an unerfüllbaren Forderungen scheitern ließ.

Um selbst Ministerpräsident zu werden, schloss *Iglesias* deshalb im Mai eine Wahlkoalition mit der von der Kommunistischen Partei geführten *Izquierda Unida*. Im Dezember hatten beide zusammen mehr Stimmen erhalten als die PSOE. Die IU hatte damals spanienweit fast 1 Mio. Stimmen, erhielt aber aufgrund des spanischen Wahlsystems und der Dekonzentration ihrer Wählerbasis lediglich 2 Abgeordnetenmandate. Die Regionalpartei ERC gewann damals in Katalonien mit knapp 600.000 Stimmen 9 nationale Abgeordnete, und *Ciudadanos* mit 3,5 Millionen Stimmen 40 Mandate. Diese Verzerrung wollte die neue Koalition mit dem Namen *Unidos Podemos* („Gemeinsam können wir“) aufheben und gemeinsam mehr Stimmen und auch mehr Mandate als die PSOE gewinnen. Diese Strategie ist eindeutig gescheitert. Die neue Allianz hat gegenüber Dezember 1,2 Millionen Stimmen verloren.

Wie ein Chamäleon hat *Iglesias* während des Wahlkampfes mehrfach seine politischen Positionen an seine Umgebung angepasst. Während einer Fernsehdiskussion hat er die Forderung nach Durchführung eines Unabhängigkeitsplebiszits zur Disposition gestellt, als er darum bat, die Sozialisten sollten ihn zum Ministerpräsidenten wählen, wenn er sie überholt habe. Tags darauf in Katalonien hat er die Forderung nach dem Plebiszit erneuert. Nachdem er sich immer als Marxist präsentierte, behauptete er plötzlich, der authentische Vertreter einer „neuen“ Sozialdemokratie zu sein und scheute sogar nicht davor zurück, *José Luis Zapatero*, während dessen Regierungszeit (2004-11) der Niedergang der PSOE einsetzte, als erfolgreichsten Ministerpräsidenten des Landes zu bezeichnen; immerhin war *Podemos* aus dem Protest gegen die Sparmaßnahmen von *Zapatero* entstanden. Diese allzu windigen Positionsänderungen und seine populistische Art, allen alles zu versprechen, um an die Macht zu kommen, haben *Iglesias* am Ende geschadet. Selbst bei vielen jugendlichen Sympathisanten von *Podemos* haben die schier maßlosen Wahlversprechungen – auch wenn sie in einer Art IKEA-Katalog gefällig präsentiert wurden, am Ende mehr Skepsis hervorgerufen. Einerseits haben anscheinend viele *Podemos*-Sympathisanten die Koalition mit den Kommunisten nicht mitgetragen. Andererseits gab es aber auch traditionelle Wähler der Kommunisten, die nun bei der PSOE eine authentischere Linksposition sahen als bei dem chamäleonartigen *Iglesias*.

Der charismatische und autokratische Führungsstil von *Iglesias* hat sich nicht bewährt, auch wenn er damit die Aufmerksamkeit der Medien dominierte. Ob und welche Konsequenzen das Wahlergebnis für ihn hat, bleibt abzuwarten. Im Frühjahr hätten einige führende Mitglieder von *Podemos* gerne die Regierungsbildung mit der PSOE versucht, doch setzte sich die egomanische Strategie von *Iglesias* durch, der sich selbst an der Regierungsspitze sehen wollte und dafür die Wahlwiederholung in Kauf nahm.

- **Ciudadanos kann sich mit seinen auf Ausgleich gerichteten Positionen angesichts der Polarisierung kein Gehör verschaffen**

Ciudadanos ist neben *Podemos* die zweite „junge“ Partei im spanischen Parteiensystem, die 2015 erstmals an nationalen Wahlen teilnahm und damals gleich 14% der Stimmen und 40 Mandate gewann. Ihr jugendlicher Führer *Albert Rivera* war der einzige, der im Frühjahr PSOE-Generalsekretär *Sánchez* bei seinem Versuch einer Regierungsbildung unterstützte. Zwar gilt *Ciudadanos* als „natürlicher“ Partner der Volkspartei, doch weder im Dezember noch jetzt reicht die Summe der Mandate für eine Regierungskoalition der beiden Parteien.

Im Wahlkampf war *Rivera* besonders kritisch mit *Mariano Rajoy* umgesprungen, hatte vor allem die Korruptionsfälle innerhalb der PP immer wieder zum Thema gemacht und den Rücktritt von *Rajoy* als Vorbedingung für eventuelle Koalitionsverhandlungen nach der Wahl gefordert. Damit ist *Ciudadanos* nun gründlich gescheitert.

Auch die entschiedene Distanzierung von *Podemos* und die deutliche Kritik am Populismus von *Pablo Iglesias* haben *Ciudadanos* keinen entscheidenden Vorteil verschafft. *Albert Rivera* hat wie kein anderer der Mitbewerber immer wieder auf die Beziehungen von *Podemos* und *Iglesias* zum Chavismus in Venezuela hingewiesen und die Finanzierung von *Podemos* durch den Chavismus kritisiert. Das hat letztlich wenig genutzt. Anscheinend hat *Ciudadanos* im Sinne des „*voto útil*“ viele Stimmen an die PP verloren. Zudem ist die Partei durch das Wahl- und Auszählssystem benachteiligt.

Dennoch kann *Ciudadanos* jetzt eine wichtige Rolle spielen. Als Juniorpartner kann die Partei für die Stabilität einer PP-Regierung eine wichtige Rolle spielen, sofern sie eine Verständigung mit der PP erzielt. Ihr marktwirtschaftlich ausgerichtetes Programm mit einer Agenda gemäßiger sozialer und politischer Reformen, darunter eine Verfassungsreform im Hinblick auf eine Änderung des Verhältnisses zwischen Zentralstaat und den Regionen, sollte einer Verständigung nicht im Wege stehen. Die Forderung nach einem Rücktritt *Rajoy*s ist selbstverständlich obsolet geworden.

Die Aussichten: Mariano Rajoy steht vor der Wiederwahl als Ministerpräsident einer Minderheitsregierung der PP

Erste Kommentare des Wahlergebnisses gehen davon aus, dass *Mariano Rajoy* innerhalb einer relativ kurzen Frist, vielleicht sogar noch im Juli, zum Ministerpräsidenten gewählt wird. Zwar tritt das neue Parlament erst am 19. Juli zusammen und erst danach kann der König seine Konsultationen mit den Parteien beginnen, an deren Ende er dem Parlament einen Wahlvorschlag für die Person des *Presidente del Gobierno*, des Präsidenten der Regierung, wie der Ministerpräsident in Spanien genannt wird, macht. Die Parteien können sich aber schon vorher auf ein Verfahren und eine Person verständigen. Nach ersten Stellungnahmen in der Wahlnacht sieht es so aus, als ob die Gespräche zwischen den Parteien, vor allem zwischen PP und PSOE bald beginnen.

Zwar scheint es kaum möglich, dass die PSOE formal in eine von der PP-geführte Regierung eintritt oder *Mariano Rajoy* auch aktiv mitwählt. Ein Kandidat braucht im zweiten Wahlgang aber nur eine relative Mehrheit im Parlament. Durch ihre Enthaltung bei einem solchen Wahlgang könnte die PSOE daher die Wahl von *Rajoy* ermöglichen. Das ist das wahrschein-

lichste Szenarium. Sicherlich wird die PSOE ein solches Verhalten an einige Auflagen knüpfen. Das könnte dann der Beginn einer neuen Form der politischen Zusammenarbeit in Spanien sein. Das lange Interregnum hätte dann am Ende noch einen positiven Effekt. Die PSOE wiederum könnte sich im Parlament als wichtigste Oppositionsstimme konsolidieren und würde dieses Feld nicht *Podemos* überlassen.

Ciudadanos spielt bei einem solchen Szenarium ebenfalls eine wichtige Rolle. Einerseits können sich natürlich auch die Abgeordneten von *Ciudadanos* im Parlament der Stimme enthalten, wenn der Ministerpräsident gewählt wird. Andererseits würde eine formale Koalition der Regierung mehr Stabilität verleihen und sie wäre weniger anfällig gegenüber Stimmungswechseln oder Widerstand im Parlament bei einzelnen Gesetzesvorhaben.

Ein Nachtrag zur Wahlkampf- und Parteienfinanzierung

Vor Beginn des erneuten Wahlkampfs hielt König Felipe VI. die Parteien dazu an, ihre Wahlkampfausgaben niedrig zu halten. Die PSOE griff diese Idee auf und schlug ein verbindliches Abkommen aller Parteien vor, in dem sich diese verpflichten sollten, ihre Wahlkampfausgaben um 30% zu senken. Anstatt der 130 Mio. EUR, die in den Kampagnen zum 20. Dezember ausgegeben wurden, sollten sich die Formationen selbst dazu verpflichten, ein Drittel einzusparen. *Ciudadanos* regte sogar eine Reduktion um 50% an. Aufgrund unterschiedlicher Kampagnenstrategien kam es jedoch zu keiner Einigung. Wieviel die Parteien diesmal für den Wahlkampf ausgaben, ist noch nicht bekannt.

Auf jeden Fall aber ist die Parteien- und Wahlkampffinanzierung ein immer wiederkehrendes Thema, weil es hier einen sehr engen Bezug zu vielen Korruptionsfällen gibt, die regelmäßig bekannt werden und keineswegs nur die „Altparteien“ betreffen. Auch bei *Podemos* und *Ciudadanos* sind bereits Anzeichen auf eine Übernahme traditioneller Verhaltensweisen erkennbar, auch wenn sich diese Parteien dem Kampf gegen die Korruption besonders lauthals verschrieben haben.

Die spanische Parteienfinanzierung unterliegt einem Mischmodell, dessen grundsätzliche unscharfe Regeln auf das Jahr 1985 zurückgehen. So finanzieren sich die Parteien zum einen über Spenden und zum anderen über öffentliche Subventionen. Allerdings ist die Finanzierung der Parteien insgesamt nicht sehr transparent, was einerseits immer wieder Fälle von Korruption und Misswirtschaft provoziert, um Geld für Parteiarbeit abzuweigen, und andererseits zu regelmäßige Rügen des Rechnungshofs führt, die aber bislang weitgehend folgenlos bleiben – zumindest im Hinblick auf grundlegende Neuregelungen der Parteienfinanzierung.

Privatspenden sind pro Person nur bis 12.000 EUR erlaubt, anonyme Parteispendingen sind verboten. Aufgrund der Krise der öffentlichen Finanzen wurden in den vergangenen Jahren auch die öffentlichen Zuschüsse an die Parteien gekürzt. Die Mitgliedsbeiträge aber reichen beispielsweise in der PP kaum aus, um den Betrieb der Parteizentrale zu finanzieren. Bei der PSOE sind die Beitragszahlungen zwar höher und verbindlicher als bei der PP, aber seit der Regierung *Zapatero* nimmt die Mitgliederbasis kontinuierlich ab. In beiden Parteien zahlen die Funktionsträger von ihren Gehältern einen monatlichen Beitrag in Form von Spenden an die Partei, was bei der PSOE bis zu 25% der Gesamteinnahmen ausmacht.

In der PSOE werden die Wahlkampagnen zudem dadurch finanziert, dass die Kandidaten der einzelnen Listen einen Gemeinschaftskredit aufnehmen, der dann durch die gewählten Amtsträger dieser Liste während der kommenden Legislaturperiode zurückgezahlt wird. Diese Praxis verstößt gegen das spanische Wahlgesetz (LOREG), weil dieses vorschreibt, dass alle Ausgaben über Parteikonten geführt werden müssen.

Die finanzielle Situation aller Parteien ist daher angespannt. Die höchsten Schulden hat die kommunistische *Izquierda Unida* angehäuft, die nach einer großen Wahlkampagne 1999-2000 herbe Verluste erlitt und seitdem die Gelder nicht mehr zurückzahlen konnte. Ganze 10 Mio. EUR stehen bei der Partei aus.

Zur Erweiterung ihres finanziellen Spielraumes greifen die Parteien in Spanien traditionell auf Bankkredite zurück. So hatten alle Parteien zusammengenommen im Jahr 2011 offene Bankschulden von 270 Mio. EUR, im Jahr 2013 waren diese zwar rückläufig, summierten sich aber immer noch auf 205 Mio. EUR. Die Zahlen für 2013 wurden im Sommer vergangenen Jahres durch den Rechnungshof veröffentlicht.

Keine genauen Zahlen liegen darüber vor, wie hoch der Schuldenerlass durch die Banken in der Vergangenheit ausgefallen ist. Sicher ist jedoch, dass diese Möglichkeit durch ein PP-Gesetz aus dem Jahr 2012 auf 100.000 EUR maximal beschränkt wurde. Seit 2015 hat die PP-Regierung diese Praxis gänzlich verboten.

Die PSOE hatte 2013 Bankschulden von 64,5 Mio. EUR, die PP von 40 Mio. EUR. Die Schulden der PSOE nehmen aufgrund der schlechten Wahlergebnisse kontinuierlich zu, während die PP diese seit 2011 mithilfe des Rekordwahlergebnisses und damit durch höhere Zuflüsse abbauen konnte.

Für die Wahlkampagne 2016 fand sich als Kreditgeber lediglich die *Banco Popular*. Gemäß einiger Zeitungsmeldungen hätten die Parteien dieses Mal etwa 20% weniger beantragt als im Herbst 2015, kämen aber trotzdem noch auf stattliche Summen (PP: 8,4 Mio. EUR; PSOE 6,3 Mio. EUR; *Ciudadanos* 2,2 Mio. EUR; CDC 1,6 Mio. EUR).

Angesichts der Notwendigkeit weiterer Bankenreformen und einer Verbesserung der Bankenaufsicht in Europa ruft die hohe Verschuldung der spanischen Parteien bei Banken Verwunderung hervor und lässt nach ihrer Handlungsfreiheit fragen. Eine Reform der Parteienfinanzierung könnte sicherlich dazu beitragen, die Anfälligkeit der Parteien für Korruption einzudämmen und insgesamt das Ansehen der Parteien wieder zu stärken.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02

info.madrid@kas.de

www.kas.de/spanien

Twitter: @kas_madrid